

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

WALTER BUSSMANN

Der deutsche Reichs- und Nationsgedanke Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert

Zwischen der im allgemeinen resignierenden Stimmung, in der die Zeitgenossen den Untergang des alten Reiches erlebten und der wenige Jahre später aufkeimenden Sehnsucht nach „Kaiser und Reich“ hatte sich ein bemerkenswerter Wandel des Bewußtseins vollzogen. In einer jüngsten Darstellung dieser Epoche deutscher Geschichte, die Kurt von Rauner zum Verfasser hat, ist mit Recht gesagt worden, „die Auflösung des Reiches habe unter den Deutschen keinen Aufschrei, keine tiefe Empörung, ja nicht einmal einen stillen nagenden Schmerz ausgelöst, der die Menschen in all ihrer Ohnmacht, den Gang der Dinge aufzuhalten, erfüllt hätte“¹⁾. Und die Stimmen, wie die der Frau Rat Goethe, müsse man förmlich suchen. Goethes Mutter schrieb damals an ihren Sohn: „Mir ist übrigens zumute, als wenn ein alter Freund sehr krank ist. Die Ärzte geben ihn auf, man ist versichert, daß er sterben wird und mit aller Gewißheit wird man doch erschüttert, wenn die Post kommt, er ist tot. So geht's mir und der ganzen Stadt — gestern wurde zum ersten Male Kaiser und Reich aus dem Kirchengebet weggelassen — Illuminationen, Feuerwerk und dergleichen, aber kein Zeichen der Freude, es sind wie lauter Leichenbegängnisse, so sehen unsere Freuden aus.“²⁾

Bevor Franz II. die römische Kaiserkrone niederlegte, waren bereits zwei neue Kaiserwürden entstanden: Als „Römisch und Österreichisch-Kaiserliche, auch Königlich-Apostolische Majestät“³⁾ hatte Franz II. 1804 das neue österreichische Erbkaisertum für den gesamten Herrschaftsbereich des Hauses Habsburg-Lothringen geschaffen⁴⁾. Es entstand in innerem Zusammenhang mit der Kaiserkrönung Napoleons, die im Beisein des Papstes stattfand, wo-

bei karolingische Erinnerungen und Anknüpfungen eine nicht unbedeutende Rolle gespielt haben, auch wenn sich der Korse mit dem Titel eines „Kaisers der Franzosen“ begnügen mußte.

Der bedeutende österreichische Historiker Ritter Heinrich von Srbik, der den ebenso bewundernswerten wie problematischen Versuch einer gesamtdeutschen Geschichtsschreibung — und zwar vor 1933 — unternommen hat, leugnet durchaus nicht, daß die österreichische Kaiserwürde von 1804 „dem rationalistischen Absolutismus dynastischen Denkens“⁵⁾ entsprungen sei. Bei den neu entstandenen Königswürden der Mittelstaaten handelt es sich bekanntermaßen um den gleichen Ursprung. Es ist zu bedenken, daß zur politischen Wirklichkeit, zum politischen Erlebnisbereich der Generation von 1800 neben den Erfahrungen der napoleonischen Herrschaft in erster Linie der Einzelstaat gehörte. — Srbik begnügte sich indessen keineswegs mit dem Hinweis auf den Eigenstaatscharakter des österreichischen Kaiserhauses, sondern ergänzt ihn, bzw. legt den größeren Nachdruck auf das Fortwirken einer universalen Kaiser- und Reichsidee im Gange der Geschichte

des 19. Jahrhunderts bis zum Zusammenbruch der Habsburgischen Monarchie im ersten Weltkrieg. Niemals in seiner ganzen Zukunft habe „Österreich das geistige Erbe von Kaiser und Reich ganz verlieren können“⁶⁾. „Von sinnbildlicher Bedeutung“ sei es gewesen, „daß das alte römisch-deutsche Kaiserbanner, der doppelköpfige schwarze Adler auf Gold, das Wappen Österreichs wurde, und daß die alte ‚Nürnberger‘ Reichskrone . . . mit der noch Franz II. in Frankfurt gekrönt worden war, seit dem Jahre 1800 in der Schatzkammer zu Wien ruhte und hier verblieb . . .“ So habe sich „der deutsche Kaiser- und Reichsgedanke gleichsam nach dem Südosten geflüchtet, der in engster Gemeinschaft mit dem alten Reich zur Großmacht geworden war.“ Der weltanschaulich-politische Hintergrund dieser bedeutenden Wiener Historiographie zeichnet sich in der Feststellung ab: „Das Reich blieb, wenn auch nicht die deutsche Lebensform, so doch die ‚Denkform‘ auch der Neuzeit“⁷⁾. Es wäre — ohne alle Polemik — notwendig zu untersuchen, wann, auf welche Weise und von wem dieser Gedanke zum Ausdruck gebracht worden ist.

Mittelalterliches Idealbild

Im großen Zusammenhang der deutschen Romantik haben sich an „Kaiser und Reich“ Gedanken und Wünsche geknüpft, die einen zwingenden Einfluß auf das Empfinden großer Teile der nächsten Generationen ausgeübt haben. Und es wurde charakteristisch für die inzwischen eingetretene Veränderung gegenüber der bisherigen Beschäftigung mit dem Reich, für den Gegensatz zum bisherigen Reichspatriotismus, dessen räumliche und soziale Grundlagen vor allem im deutschen Südwesten lagen, daß sich das neue „romantische Interesse“ nicht den sogenannten Verfallszeiten, sondern einem Idealbild mittelalterlicher Größe und Herrlichkeit zu-

wandte, „wo ein Hirt gewesen war und eine Herde, ein Gott, ein Reich und ein Kaiser“⁸⁾.

Den Mittelalterauffassungen der Schlegel, Görres und Adam Müller kommt in der Geistesgeschichte ihre Bedeutung zu; der Universalismus dieser geschichtlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Konzeptionen hat das geistige Leben Deutschlands stark befruchtet und ging ein in das Fundament, welches das katholische Gedankengebäude tragen sollte. In der geistigen Landschaft ragen aber nicht nur die Gipfel

1) K. v. Rauner, Deutschland um 1800, Krise und Umgestaltung 1789—1815, in Handbuch der Deutschen Geschichte, hrsgb. v. Leo Just, Bd. IV, 4, Konstanz o. J., S. 172.

2) Vgl. ebenda.

3) Vgl. ebenda, S. 160.

4) Vgl. hierzu H. v. Srbik, Deutsche Einheit, Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Reich bis Königgrätz, München 1940, Bd. I.

5) Ebenda, S. 163.

6) Ebenda, S. 164.

7) Ebenda.

8) Siehe die immer lesenwert bleibende Darstellung von P. Joachimsen, Vom deutschen Volk zum deutschen Staat, Göttingen, 1956, S. 59.

hervor, deren geistige Bewältigung zu den geläufigen Aufgaben einer Geistes- und Literaturgeschichte gehört. So ist es die Frage, ob nicht — um nur ein Beispiel zu nennen — etwa Rückerts Lied vom „alten Barbarossa“, „der niemals gestorben“, den Kaiser- und Reichsgedanken dem Empfinden der Zeitgenossen am Ende stärker eingepreßt hat, als subtile Geschichtsphilosophien. Der Erlebnisbereich zwischen dem nördlichen und südlichen Deutschland spielt in diesem Zusammenhang selbstverständlich eine belangvolle Rolle. Es mag dahingestellt sein, ob und in welcher Stärke sich etwa Verbindungslinien von jenem unromantischen Reichspatriotismus des 18. Jahrhunderts zu der neuen romantischen und romantisierenden Rück Erinnerung an das Reich des Mittelalters nachweisen lassen. — Unabhängig von der nicht gleichbleibenden Bedeutung, die jeweils dem „Reich“ innegewohnt hatte, und unabhängig auch von der wechselnden Geschichte der Beziehungen zwischen Kaiser und Reich, waren beide Begriffe um so geeigneter, eine werbende Kraft zu entwickeln, je unpräziser oder auch je tautologischer sie verwendet wurden. Mit der Nationalisierung und Politisierung wuchs die politische Verwendbarkeit dieser Begriffe erst recht.

Im Bereich der Historiographie erreichte Raumers 1823 verfaßte „Geschichte der Hohenstauffen“ ihre Breitenwirkung nicht allein, aber doch nicht unerheblich deshalb, weil der große Gegenstand der Zeit und ihrem geheimen, auf historische, einheitliche nationale Größe gerichteten Wunsche entsprach. Grabbes Kaiserdramen erschienen nach Raumers Werk.

Es würde indessen dem geschichtlichen Sachverhalt nicht entsprechen, wollte man in der Entstehung sowie in der allmählichen Festigung des Nationalgedankens, etwa im Wege vom „Weltbürgertum zum Nationalstaat“ oder in der Nationalisierung des „Reiches“ den Gesamtinhalt der deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert wiederfinden. Nur unter dem besonderen Gesichtspunkte meines Themas will ich versuchen, die fortwirkende, wenn auch wechselnde Problematik dessen, was das Reich war und was man darunter verstand, zu veranschaulichen.

Über dem Streben nach einer größeren politischen Gemeinschaft, dessen literarische Spuren so leicht nachweisbar sind, darf nicht vergessen werden, daß der konkrete Erlebnis- und Erfahrungsbereich des überwiegend agrarisch strukturierten deutschen Volkes — und besonders vor der Entwicklung des Eisenbahnwesens — an den historischen Einzelstaat gebunden war. Hinzu kam noch ein moderner Zug: Der Dynast dieses Einzelstaates, dessen neue Grenzen aus der großen napoleonischen Umgestaltung Deutschlands hervorgegangen waren, dieser Dynast hatte seinem Lande eine Verfassung gegeben und damit einen staatlichen Kristallisationsfaktor von einigender Kraft geschaffen. Dynastische Anhänglichkeit und einzelstaatliches Selbstgefühl blieben beherrschende Kräfte in der trotzdem zum Nationalstaat drängenden allgemeinen Strömung.

Der nationale Gedanke hat auf verschiedenen Wegen nach Ausdruck oder besser: nach „Selbstdarstellung“ gesucht. Dieses Bemühen vollzog sich in den monumentalen Formen, die dem ästhetischen Empfinden des Jahrhunderts durchweg entsprach. So schien der Anschluß an die Geschichte greifbar gegeben zu sein, als man zu Beginn der vierziger Jahre (1842) die festliche Grundsteinlegung zum Ausbau des Kölner Domes beging. Es war charakteristisch und wurde auch so empfunden, daß man das Sinnbild der deutschen Geschichte im unvollendeten Kölner Dom fand⁹⁾. In zeitlichem und innerem Zusammenhang mit dem Kölner Dom stand in Bayern die Einweihung der Walhalla, des „Tempels deutscher Ehren“, wozu Ludwig I. die Anregung gegeben hatte. In der Monumentalität der Figuren sollten sich Größe und Einheitlichkeit der deutschen Geschichte seit Hermann dem Cherusker widerspiegeln. Und in denselben Zusammenhang fällt auch der Beginn der Sammlungen für das Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald. Hingewiesen werden soll darauf, daß in jenen Jahren (1840) die beiden Lieder „Wacht am Rhein“ und „Deutschland, Deutschland über alles“ entstanden, die erst viel später, im Kampf um das neue Deutsche Reich, populär wurden und gesungen wurden, bis schließlich der erste Präsident der deutschen Republik das Deutschlandlied zur Nationalhymne erklärte.

In den Jahrzehnten zwischen 1815 und 1848, in den Jahren eines friedlichen Dualismus zwischen Preußen und Österreich im Rahmen der europäisch garantierten Friedensorganisation des Deutschen Bundes und auf dem Felde der europäischen Politik, wurde die Frage nach der Macht, mit deren Hilfe die beiden Ideale Einheit und Freiheit verwirklicht werden könnten, zum Gegenstand eines vielseitigen politischen Schrifttums. — Dem allmählich in Süd- und Norddeutschland durchdringenden Gedan-

ken einer preußischen Führung in Deutschland stand allerdings die „schlechte Wirklichkeit“ dieses Staates entgegen, aber ein durch die Philosophie gebildetes Geschlecht hatte Grund, an die Reformfähigkeit dieses Staates zu glauben. Der Gedanke, die historische Staatspersönlichkeit Preußens müsse geopfert werden, damit ein Hohenzoller an die Spitze eines Deutschen Reiches treten könne, verschwand von nun an nicht mehr aus den politisch-historischen Diskussionen. Es ist interessant zu beobachten, wie seit 1815 dieselbe Vokabel des Reiches mit sehr verschiedenem Inhalt gefüllt werden konnte. Der universale Gehalt wich jedenfalls vor der aufsteigenden nationalen Flut zurück, aber das romantische Bild von alter „Reichseinheit“ und „Reichsherrlichkeit“ hatte immerhin so tiefe Wurzeln geschlagen, daß es schwer fiel, sich nach Maßgabe solcher Erinnerungen und Bilder einen Staat vorzustellen.

Die Politisierung bedeutet zugleich eine Nationalisierung. Das Reich gewinnt außerdem liberale Züge, und dieses liberale Reich ist nicht mehr ohne Macht zu denken. Daß „Freiheit ohne Macht nicht möglich sei“, hatte auf Grund der Erfahrungen, die der Vormärz reichlich zur Verfügung gestellt hatte, Georg Gottfried Gervinus am Vorabend der deutschen Revolution von 1848 in einer vielbesuchten Vorlesung über Politik ausdrücklich festgestellt: „Das ist das Ein und Alles in Deutschland, daß wir uns nur in Masse, und nur in Masse, und nur im Ganzen bewegen, weil nur im Ganzen Macht gelegen ist, und weil es uns um Erwerb von Macht ebenso zu tun sein muß, wie um den Besitz von Freiheit.“¹⁰⁾ Die beiden großen, innerlich so konträren Vorgänge, der Reichsgründungsversuch von 1848, und die Bismarcksche Reichsgründung sollen auf ihre Grundzüge und Merkmale hin behandelt werden.

Verblaßtes Panorama von 1848

Einem europäischen Zusammenhang zugehörig, folgte die deutsche Revolution ihrer besonderen psychologischen Gesetzlichkeit. Sie hatte keinen einheitlichen Schauplatz, wie ihn etwa Frankreich in Paris besaß. Unter den mannigfachen Gründen, die zum Zusammenbruch des Versuchs, einen deutschen Staat vom Volke her aufzubauen, beigetragen haben, kommt diesem Sachverhalt eine nicht geringe Bedeutung zu. Der Ablauf der revolutionären Ereignisse vollzieht sich in Berlin, Wien sowie in einer Reihe deutscher Residenzen, allerdings auf eine sich ähnelnde Weise. Die sozialen Träger dieses Geschehens sind überall die gleichen. Die in der Frankfurter Paulskirche versammelte geistige Elite des deutschen Volkes sah sich vor die praktische Aufgabe gestellt, die konkurrierenden Ideale von Freiheit und Einheit gleichzeitig zu verwirklichen, bzw. wie man gesagt hat, „die Arbeit des allgemeinen Geistes, die seit 33 Jahren in Deutschland geschehen sei, zu legalisie-

ren“¹¹⁾. In einem Katalog der Grundrechte hat dieser allgemeine Geist seinen großartigen und bleibenden Niederschlag gefunden.

Zu den offenen Fragen, die die geschehene Geschichte hinterläßt, gehört auch die, ob es möglich gewesen wäre, den März-Schock, vor dem die alten Gewalten kampfflos zurückgewichen waren, energisch auszunutzen, oder auch die, ob das Preußen Friedrich Wilhelms IV. die Chancen, die sich ihm boten, verpaßt habe. Bei jeder Darstellung dieser Ereignisse müssen wir bedenken, daß unser Urteil abhängig ist von unserer Kenntnis des Weges, den die Geschichte seit diesem Epochenjahr eingeschlagen hat. Wir kennen die Weichen, die gestellt wurden. Es handelt sich um das größere Wissen, das wir den Zeitgenossen voraus haben und das nicht immer der historischen Urteilsbildung zugute kommt.

10) Vgl. zum folgenden W. Bußmann, Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift Bd. 186.

11) Vgl. Joachimsen, a.a.O., S. 66.

9) Ebenda, S. 63.

Das deutsche Erinnerungsbild, das das Panorama von 1848 aufbewahrt, ist bekanntermaßen sehr rasch verblaßt — auch gerade bei dem deutschen Bildungsbürgertum, das den stärksten sozialen und geistigen Anteil am Geschehen des Epochenjahres gehabt hat. Das Nationalgefühl sollte bei ganz anderen Ereignissen als bei dem vorübergehenden Sieg des Bürgertums über das Institut des stehenden Heeres, das ein echtes Angriffsziel der Revolution gewesen war, verweilen.

Durch die Reden des Pauls-Parlaments klingt ein nationales Selbstgefühl, das um so lauter tönt, als es unter dem Bewußtsein der späten Stunde der geschichtlichen Entwicklung steht. Vor allem schien der Konflikt um Schleswig-Holstein geeignet, der Revolution den großen, legitimierenden außenpolitischen Erfolg zu geben, aber gerade in dieser Frage erlebte das Parlament ohnmächtig die Abhängigkeit vom preußischen Staat und seinem Heer sowie von der europäischen Politik. Das eigentümlich nationale und sittliche Pathos der Abgeordneten, von denen viele aus der Burschenschaft hervorgegangen und von ihr geprägt waren, brach an dieser Stelle durch und vereinfachte auf gefährliche Weise die höchst komplizierte außenpolitische Lage. Eine nationale und moralische Gefühlspolitik sollte oftmals noch die liberale Auseinandersetzung mit fremden Mächten kennzeichnen. Als nämlich Preußen aus Gründen des Staatsegoismus bzw. der Staatsräson vor der drohenden europäischen Intervention zurückwich und den Waffenstillstand von Malmö ab-

schloß, wehrte sich das leidenschaftliche National- und Ehrgefühl des Parlaments gegen eine solche Demütigung vor der europäischen Politik. „Die Fragen des nationalen Grenzkampfes und der nationalen Ehre“, wie man ein solches Verhalten gekennzeichnet hat, waren maßgebender als die Einsicht in die Politik des europäischen Staatensystems. Die Bereitschaft zu einem allgemeinen Krieg, zu einer „deutschnationalen Erhebung . . .“, wie sie vielleicht die Weltgeschichte noch nicht gesehen habe“, zeigte sich gerade auf der linken und demokratischen Seite. Es handelt sich hierbei um die Entwicklungslinie einer militanten, demokratischen Gesinnung, die im und durch den Verlauf der Reichsgründung abgebrochen worden ist. „Lieber“, so rief Robert Blum, „lieber sollte man in Ehren untergehen . . .“

Es sei darauf hingewiesen, daß eine solche nationalistische, demagogische Leidenschaft allerdings nicht frei von innerpolitischen Berechnungen war, denn auf dem Umwege über den großen Krieg sollte das bislang unerreicht gebliebene, vom Parlament ja gerade verhinderte radikaldemokratische Ziel der Revolution doch noch erreicht werden¹²⁾. An der Radikalisierung der Französischen Revolution im Jahre 1793 orientierte sich sowohl das Wunschenken der Radikalen als auch die Furcht der Gemäßigten, wie ja überhaupt die Erinnerung an die Grande Révolution, belebt von einer aufblühenden Literatur, den Gang der Geschichte im 19. Jahrhundert und das politische Denken unsichtbar begleitet hat.

Wunsch nach einem starken Staat

Das Erlebnis der Machtlosigkeit gegenüber Dänemark, noch dazu einem „kleinen“ Staat, wie Dänemark einer war, hat für die Geschichte des deutschen Nationalgefühls eine bestimmende Bedeutung gewonnen, und man darf sagen, daß Schleswig-Holstein für seine Entwicklung wichtiger war als das Elsaß, das zu Beginn des deutsch-französischen Krieges fast unvermittelt in den Mittelpunkt des nationalen Wunsches gerissen wurde. Dafür ein einzelnes biographisches Beispiel: Der junge Heinrich von Treitschke, der wenige Jahre später (1852) sein Studium in Bonn begann, empfing nachhaltige Eindrücke aus dem Verkehr mit Kommilitonen, die soeben noch als Offiziere gegen Dänemark gekämpft hatten. Sein Nationalgefühl und das seiner Generation reagierte um so reizbarer, je mehr es sich mit dem Komplex der „unbesiegt Unterliegenden“ verband, wie die Soldaten gegen den dänischen Kleinstaat bezeichnenderweise von ihm genannt wurden. So wurde der Sieg eines Kleinstaates, dem die Gunst der europäischen Konstellation zugute gekommen war, geradezu zu einem Trauma eines leidenschaftlichen, unbefriedigten Nationalgefühls; „Flotte“ und „Seemacht“ wurden die Forderungen an die Zukunft. Zusammenfassend darf man sagen: mochten die Vorstellungen über den Staat, den es zu begründen galt, auch noch so verschieden sein, so stimmten doch alle Vorstellungen darin überein,

daß dieser Staat groß und stark sein sollte. Aus der Geschichte, die allerdings sehr verschieden interpretiert wurde, zog man jedenfalls diese Konsequenz.

Und gerade das Problem der Stellung der Habsburger Monarchie, für die die Revolution in erster Linie eine Frage der Auseinandersetzung mit den Nationalitäten war, gerade das österreichische Problem wurde der Anlaß zu Entwürfen eines Reiches, die dem Bewußtsein einer welthistorischen Aufgabe entstammten. Gegenüber der sich abzeichnenden Gefahr eines Klein-Deutschlands wurde das Idealbild eines „mitteleuropäischen Riesenstaates“ entworfen¹³⁾. Die Idee des Reiches, die man nur fortzusetzen glaubte, verband sich oder ging über in eine Mitteleuropa-Konzeption, die von nun an — unter sehr wechselnden Voraussetzungen und mit sehr verschiedenem Inhalt — nicht mehr aus dem politischen Denken verschwand. Einzelne Äußerungen dürfen selbstverständlich nicht verallgemeinert werden, aber sie zeigen doch in ihrer Verbindung und Wiederkehr bestimmte Tendenzen an. Dem „Riesenreich von 70 und womöglich von 80 oder 100 Millionen“, das zu gründen sei, wird von der Geschichte die

Aufgabe zugeschrieben, „die Seeherrschaft den Engländern abzurufen“. Der Flottengedanke und der Begriff der Seeherrschaft, die um die Jahrhundertwende in den Mittelpunkt einer leidenschaftlichen Diskussion rücken werden, gehören — was schon das Beispiel Schleswig-Holsteins zeigte — mit auf die geistige Landkarte dieses denkwürdigen Jahres. So ist der gescheiterte Reichsgründungsversuch von 1849 mit Überlegungen über die Sendung, die das neue Reich in der Welt erst legitimieren sollte, reichlich verbunden gewesen und unterscheidet sich in dieser Beziehung wesentlich von der Bismarckschen Reichsgründung. Zu den Werbemitteln, welche die südöstliche Expansion eines von Österreich geführten Deutschen Reiches gewährleisten und zugleich rechtfertigen sollten, wurden Bildung, Kultur und „deutsche Freiheit“ gerechnet, ein Begriff, der ohne inhaltliche Bestimmung geblieben ist. Als schließlich immer deutlicher wurde, daß sich weder die deutschen Teile Österreichs vom Gesamtstaat trennen, noch daß der habsburgische Gesamtstaat etwa in das neue Reich aufgenommen werden konnte, fand Gervinus in der besonderen österreichischen Missionsidee die historische Rechtfertigung für die nach Ansicht der Mehrheit des Parlaments unvermeidlich gewordene Scheidung: „eine Wiedervereinigung“ sei nicht nur „finis Austriae“, sondern „finis Germaniae“, denn dann wäre das Slawentum Sieger geblieben. „Nicht zur Paulskirche mit gesenkten Fahnen, Ihr Brüder von Österreich, erwarten wir Euch, sondern wir ersehnen die Stunde, da das Banner von Habsburg von der Kuppel der Sophienkirche wehen wird; wir dürfen Euch nicht in unser Reich aufnehmen und wir wollen es auch nicht, weil, was sein soll, auch gewollt sein will von freien Männern; dafür erwarten wir aber die baldige Kunde von Euren deutschen Erfolgen im Südosten.“¹⁴⁾

Die parlamentarischen Diskussionen dieses Jahres haben alle Wege und Möglichkeiten deutscher Politik durchdacht, und zwar im Banne eines großartigen Geschichtsbildes. Der Trieb nach nationaler Staatsbildung — hielten viele die Zeit doch für „herangekommen, wo die Nationalitäten . . . sich staatlich zu konzentrieren suchen“¹⁵⁾ —, dieser mächtige Trieb stand in doppeltem Konflikt mit dem Ideal einer deutschen Volkszusammengehörigkeit und schließlich dem Ideal einer Reichsvorstellung, die die einen als verpflichtendes Erbe eines universalen Geschichtsauftrages zu rechtfertigen, die anderen aber als groß-österreichische, undeutsche Machtpolitik anzuklagen sich angelegen sein ließen. Und noch wohnte in diesen Diskussionen der gedanklichen Auseinandersetzung mit den nichtdeutschen Nationalitäten eine Bedeutung inne, die allerdings im Gange der Ereignisse der nächsten Jahrzehnte immer schwächer werden sollte.

Vor diesem Hintergrunde schwerer Erfahrungen, die das Revolutionsjahr gebracht hatte, sollte vor allem das Verhalten des deutschen Bürgertums gewürdigt werden, damit die Aus-

12) Vgl. Bußmann a.a.O., S. 539 f.

13) Ad. Rapp, Großdeutsch — Kleindeutsch, Stimmen aus der Zeit von 1815—1914, München 1922.

14) Ebenda, S. 111.

15) Ebenda, S. 68.

einandersetzung seiner liberalen Sprecher mit der Bismarckschen Realpolitik gewürdigt und nicht mit Opportunismus verwechselt wird. —

Das Bismarcksche Reich von 1871 ist bekanntermaßen nicht vom Volke her, nicht aus der Idee der Volkssouveränität entstanden, vielmehr aus der Vereinigung historisch gewordener, dynastisch geprägter und völkerrechtlich selbständiger Staaten. Es entstand mit Hilfe der überkommenen Mittel des Krieges und der Diplomatie. Dem Bewußtsein der Zeitgenossen stand die Bildung eines anderen Nationalstaates nahe: der fast gleichzeitig entstandene italienische Einheitsstaat hatte einen mehrschichtigen Ursprung, und diese Mehrschichtigkeit sollte für seine europäische Reputation bedeutungsvoll werden; er ging sowohl aus Koalitionskriegen mit kriegertischem Gewinn als auch aus Volksabstimmungen hervor, und in seiner Entstehungsgeschichte fehlt auch nicht das populäre Element in Gestalt der von Garibaldi geführten Freischaren. Beide Erscheinungen sind übrigens dem europäischen Bewußtsein vertraut: der Koalitionskrieg (1859) ist die geläufige Form des

Krieges, während das Plebiszit den westeuropäischen Bedürfnissen nach demokratischer Legitimierung staatlicher Macht entspricht. In der Erinnerung der öffentlichen Meinung ist schließlich die militärische hinter der plebiszitären Komponente der italienischen Staatsbildung zurückgetreten¹⁶⁾. Im Verlauf der deutschen Staatsgründung hatte — jedenfalls im Stadium der Erweiterung der Norddeutschen Bundesverfassung zur Deutschen Reichsverfassung — das parlamentarische Moment nur eine geringe, keine ausschlaggebende Rolle gespielt. Die von den Regierungen vereinbarte Verfassung konnte von den parlamentarischen Körperschaften nur en bloc abgelehnt oder angenommen werden. Von allen staatsrechtlichen Kontroversen über die Natur des Deutschen Reiches abgesehen — es entstand als „Bundesstaat“ mit einem Präsidium, das der König von Preußen inne hatte, und die Umbenennung von Präsidium und Bund in Kaiser und Reich sollte diesen auf zum Teil komplizierten diplomatischen Wege zustande gekommenen Verfassungsbau vollenden^{16a)}. —

Einigende Kraft des Kaisertitels

Ich gedenke keineswegs die Entstehungsgeschichte des Kaisertitels zu untersuchen, die manche bizarre Züge enthält, welche im hellen Lichte des 19. Jahrhunderts befremdend genug wirken. Es erscheint mir aber belangvoll, für einen Augenblick bei zeitgenössischen Interpretationen des Kaisertitels und der historischen Einordnung des neuen Reiches zu verweilen; denn darin kommt ein Teil des nationalen Selbstverständnisses der Reichsgründungsgeneration zum Ausdruck.

Daß sich das Altpreußentum gegen die Kaiserwürde wehrte, ist einleuchtend. Ergreifend kam es in dem Widerstande König Wilhelms zum Ausdruck, den Theodor Fontane einmal den letzten menschlichen Monarchen genannt hat. — Sobald der Krieg ausgebrochen war, wurde offenkundig, daß die Symbolik des Kaisertitels politisch einigende Bedeutung besaß; im Süden, besonders im Südwesten Deutschlands stärkere als im Norden. In dem Ruf nach Kaiser und Reich „vereinigte sich die alte Kyffhäusersehnsucht der Romantik mit den unerfüllt gebliebenen Forderungen des 48er Liberalismus“¹⁷⁾. So fremd Bismarck selbst solche Symbolik war, so hat er sie in ihrer politischen Realität doch auszunutzen verstanden. Er hat sie ausgenutzt selbst in ihrer negativen Bedeutung, als er nämlich den König von Bayern zur Anerkennung der Kaiserwürde überredete, indem er ihn mit dem Bilde der „kaiserlichen Ohnmacht“ im alten Reich lockte.

Wie sehr in dem historischen Jahrhundert die Macht der Geschichte alle politischen Erwägungen durchdrang, dafür steht ein breites Material

zur Verfügung. Und die Einführung des Kaisertitels forderte geradezu auf, sich über den Charakter des neuen Reiches Rechenschaft zu geben. Ein großer Teil der liberalen Sprecher hätte ihre Wünsche lieber in der Errichtung eines „nationalen Königtums“ verwirklicht gesehen. Der wissenschaftliche und zugleich politische Streit zwischen Sybel und Ficker im Jahre 1859 hatte zur Klärung der Fronten entscheidend beigetragen. Hinzu kam, daß seit 1849 der Prozeß der Versachlichung erheblich fortgeschritten war. Den Anhängern des konstitutionellen Einheitsstaates, die zugleich gelehrte Geschichtskenner waren, war im allgemeinen unwohl bei der sogenannten Kyffhäusersehnsucht, — wie man ironisch sagte — der romantisierenden Erinnerung an das Heilige Römische Reich. Das Unbehagen wurde noch größer, da das soeben gestürzte napoleonische Kaisertum die cäsaristische und plebiszitäre Verwendbarkeit dieses Titels den Zeitgenossen nachdrücklich demonstriert hatte. Eduard Simson hatte 1849 dem preußischen König vergeblich die Kaiserwürde angeboten — jetzt, 1870, führte er wieder die Abordnung des Norddeutschen Reichstages, die König Wilhelm „um die Annahme der historischen Würde des Kaisers“ bitten sollte¹⁸⁾. Ihm selbst, dessen Person die Kontinuität von 1849 bis 1870 repräsentieren mochte, war dieser Titel, der ihn an

das Wort Cäsars erinnerte¹⁹⁾, durchaus nicht sympathisch. Erwähnt werden soll, wie die aus der Tradition des Deutschen Bundes stammende Publizistik die Berechtigung des Kaisertitels deshalb bestritt, weil das neue Gebilde wohl Staat, nicht aber „Reich“ sei.

Alle politischen und alle gelehrten Einwände blieben indessen wirkungslos gegenüber der Kraft, die in der Lösung „Kaiser und Reich“ lag. Um so mehr kam es darauf an, den nationalen Charakter des neuen Kaiserreiches zu betonen; und so ließ es sich die nationale Publizistik angelegen sein, das junge Kaisertum gegen jedwede Verwechslung mit imperialen Vorstellungen in Schutz zu nehmen, und sie befand sich mit diesem Bemühen in Übereinstimmung mit der Regierung.

Die Stimmen der Paulskirche sind längst verstummt. Sie hatten in eine große Zukunft hineingeklungen. — Für das nationale Selbstverständnis im Augenblick der Reichsgründung, soweit es zum literarischen Ausdruck kam und nachweislich ist, ist ein bestimmtes, ganz anderes Verhalten charakteristisch: Bemerkenswert ist die Verbreitung des Gedankens, daß mit der nationalen Konsolidierung Deutschlands das bisherige europäische Staatensystem erst zu seiner Vollendung gekommen sei, also einen Abschluß erreicht habe. Von diesem „vernünftigen“ Abschluß der Geschichte der europäischen Staatengesellschaft erwartete man ein Zeitalter des Friedens und des Fortschritts, eine Erwartung, in der altes liberales Erbgut verwandelt fortlebte. Das Gefühl, einen Abschluß einer Epoche miterleben und schließlich mit herbeigeführt zu haben, kam ja auch in der oft berufenen Ratlosigkeit Heinrich von Sybels zum Ausdruck, nicht zu wissen, wofür es sich in Zukunft noch zu leben und zu arbeiten lohne, nachdem alle Träume in Erfüllung gegangen seien. Der Glaube an die Fortdauer und an die Stabilität des nunmehr harmonischen Staatensystems verband sich mit der Anerkennung, daß Existenz und Selbständigkeit des Habsburger Reiches notwendig seien, in dem man auch eine deutsche Lebens- und Geschichtsform zu sehen bereit war.

Dieser Glaube verdrängte den Schmerz über die Zerreißen der Volkszusammengehörigkeit, an dem die 48er großenteils noch schwer getragen hatten. So sehr die literarischen und gelehrten Repräsentanten Deutschlands in der Frage der Annexion (Elsaß und Lothringens) den deutschen Anspruch mit Hilfe des Volksgeistes rechtfertigten und auf diese Weise den Graben zur westeuropäischen Nationsauffassung vertieften, ebenso sehr war die wiederholte Versicherung ernst gemeint, daß das neue Deutsche Reich keine Eroberungspolitik treiben werde und erst recht nicht aus völkstumspolitischen Gründen. Ihre Reichsidee entbehrte des „völkischen“ Inhalts, was man zur Rechtfertigung der Generation von 1871 zu einem späteren Zeitpunkt einmal leugnen zu müssen glaubte.

17) Joachimsen, a.a.O., S. 85. Während der Drucklegung erschien: Albrecht Timen: Der Kyffhäuser im deutschen Geschichtsbild in: Historisch-Politische Hefte der Rankegesellschaft, Heft 3, 1961.

16) W. Bußmann, Europa und das Bismarckreich, in: Die deutsche Einheit als Problem der europäischen Geschichte, Stuttgart o. J., S. 164; derselbe, Das Zeitalter Bismarcks, Konstanz, 1957, S. 120.

16a) Vgl. Th. Schieders jüngst erschienenen Aufsatz: Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat in: Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ vom 18. 1. 1961.

18) Siehe A. Rein, Die Kaiserkrönung in Versailles, München 1958, S. 30.

19) Ebenda, S. 31.

vollkommen. — Es hängt hiermit zusammen, daß man auch nicht von den „Ideen von 1871“ sprechen kann — so wie selbstverständlich die Rede ist von den „Ideen von 1789“. Die gelegentlich auftauchende Vokabel vom „evangelischen Kaisertum“ hat selbst im Verlaufe des

Kulturkampfes keine ideologische Werbekraft zu entfalten vermocht. Sie entsprach zwar den Hoffnungen eines Kulturprotestantismus, aber sie entsprach nicht dem paritätischen Charakter des neuen Kaisertums, wie es vor allem von seinem ersten Träger aufgefaßt worden ist.

Entscheidende Verschiebung des europäischen Gleichgewichts

In den Kern der Problematik, die der Machtanstieg Deutschlands jenseits aller moral- und gefühlspolitischen Wertungen bedeutet, stößt eine Rede vor, die der britische Oppositionsführer Benjamin Disraeli am 9. 2. 1871 gehalten hat. Er erkannte im deutsch-französischen Krieg und in der deutschen Staatsbildung in der Mitte Europas „die deutsche Revolution“, und er folgte aus der Machtverschiebung von dem für die Defensive organisierten deutschen Bund zum Deutschen Reich das politische Resultat, daß „nicht ein einziger der Grundsätze der Handhabung unserer auswärtigen Angelegenheiten, welche noch vor einem halben Jahre von allen Politikern als selbstverständliche Richtlinien anerkannt wurden, noch heute in Geltung stehen“. „Es gebe keine überkommene Auffassung der Diplomatie, welche nicht fortgeschwemmt wäre.“ „Wir stehen vor einer neuen

Welt, neue Einflüsse sind am Werk . . . , das Gleichgewicht der Macht ist völlig zerstört; und das Land, welches am meisten darunter leidet, und welches die Wirkungen dieses großen Wechsels am meisten zu spüren bekommt, ist England.“ — Von den Anlässen der aktuellen diplomatischen Situation vollkommen abgesehen, darf gesagt werden, daß diese Rede in der Geburtsstunde des Deutschen Reiches das die nächsten Jahrzehnte sichtbar und unsichtbar beherrschende Thema der diplomatischen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und England anschlug²⁰⁾. Disraelis zeitgeschichtliche Diagnose hatte in der Tat die Verschiebung des europäischen Gleichgewichtes erkannt. Berlin sollte im Zeitalter Bismarcks der Mittelpunkt werden, von dem aus das kontinentale Gleichgewicht ausbalanciert wurde.

Sicherung des neuen deutschen Besitzstandes

Hinter allen diplomatischen Einzelaktionen stand das Leitbild „einer politischen Gesamtsituation, in welcher alle Mächte, außer Frankreich, unser bedürfen und von Koalitionen gegen uns durch die Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden“ (Kissinger Diktat vom 15. 6. 1877). Die Krisen der auswärtigen Politik haben die Verwirklichung dieser Idealkonzeption immer von neuem in Frage gestellt. Bismarcks diplomatische Leistung bestand — knapp formuliert — darin, daß er das übrige Europa — d. h. die Mächte des europäischen Staatensystems — an die Existenz der jüngsten Macht, des Deutschen Reiches, gewöhnt hat, wobei er sich selbst, aus Kenntnis der europäischen Geschichte, der bleibenden Problematik des Aufstiegs der jüngsten Großmacht bewußt blieb. Seine auswärtige Politik stellt den gelungenen Versuch dar, mit Hilfe von Bündnissen und Abmachungen verschiedener Abstufung den europäischen Frieden aufrecht zu erhalten. Daß diese Friedenspolitik nach Ansicht des Kanzlers vor allem der Sicherung des deutschen Besitzstandes in den Grenzen von 1871 zugute kam, vermag ihren Wert und ihre Bedeutung nicht abzuschwächen, zumal ihr Bismarcks Fähigkeit und Bereitschaft zugrunde lagen, die Lebensinteressen der übrigen Mächte zu würdigen und zu berücksichtigen. Es kann nur darauf hingewiesen werden, daß diese Außenpolitik erst im Zusammenhang seiner Gesamtpolitik voll verständlich wird. Ihr gesellschaftspolitischer Sinn bestand darin, die Auf-

rechterhaltung des außenpolitischen status quo zu ergänzen durch die Bewahrung eines gesellschaftspolitischen status quo, der indessen nicht mit Reaktion einfach gleichgesetzt werden darf.

Nachdem Bismarck die verspätete innere und äußere Entwicklung des deutschen Volkes durch sein Eingreifen — in dem ohne Zweifel eine friderizianische Tradition auflebte — beschleunigt hatte, ließ er sich es seit 1871 durch seine konservative Politik angelegen sein, die fortschreitende politische und soziale Bewegung, deren Konsequenz er fürchtete, gleichsam wieder anzuhalten oder doch wenigstens zu retardieren²¹⁾. Von hier aus — meine ich — werden

Politik der Enthaltensamkeit nicht von Dauer

Ich kehre aber zum Gange der politischen Ereignisse und zum Wandel des politischen Denkens zurück. So wichtig es ist, die Grenzen der „inneren Reichsgründung“ sowie die Spannungen zwischen Reich und wachsender Industriegesellschaft aufzuzeigen, ebenso notwendig ist es festzustellen, daß trotzdem aus dem Bewußtsein einer geschichtlich zusammengewachsenen nationalen Gemeinschaft doch eine Staatsnation hervorgewachsen ist, an die der Kanzler selbst eigentlich überhaupt nicht geglaubt hatte.

Die angedeutete Politik der Enthaltensamkeit konnte allerdings schon damals — unter der

20) Vgl. hierzu und zum Folgenden Bußmann, Europa und das Bismarckreich, a.a.O., S. 167 ff.

21) Ebenda, S. 173.

seine Größe ebenso wie die Grenzen seines Wollens sichtbar. Er gründete und sicherte das Deutsche Reich in einer Epoche der industriellen Revolution²²⁾, deren Kräften er selbst fremd gegenüberstand, wenn er diesen Kräften durch die Einigung auch erst zum Durchbruch verholfen hatte. Kulturkampf und Sozialistengesetz sind Namen für die schweren Risse, die im inneren Reichsbau klafften und deuten die Grenze an, die der „inneren Reichsgründung“ gezogen war. Diese Grenze wird im Zusammenhang mit einer anderen Problematik ebenfalls sichtbar.

Im inneren Zusammenhang mit der bereits beantworteten Frage nach den „Ideen von 1871“ steht die nach den Beziehungen des neuen Reiches zum geistigen und künstlerischen Leben der Nation. Es würde nicht schwer fallen, die zeitgenössischen Klagen über die Verarmung und Verödung des geistigen Lebens zusammenzustellen, die etwa in Nietzsches Erster unzeitgemäßer Betrachtung mit der Bemerkung über die „Niederlage und Extirpation des deutschen Geistes zu Gunsten des deutschen Reiches“ zu vehementem Ausdruck gelangte. Aber auf der anderen Seite läßt sich das intensive nationalpädagogische Bemühen verfolgen, alle noch so heterogenen Äußerungen des Kunstschaffens in nationalem Sinne, d. h. im Sinne des „Reiches“ zu verstehen. Wolfgang von Löneysen hat sehr schön beschrieben^{22a)} — ich beschränke mich nur auf Andeutungen —, wieso die gotische Fabrik, das barocke Postamt und schließlich der Bahnhof als Basilika entstanden. Das Reich von 1871 wollte — wie wir gehört haben — an die alte Reichstradition durchaus nicht anknüpfen, aber die Nachahmung aller Stile bestimmte die öffentlichen und auch die privaten Bauten im neuen Reich, und in der künstlichen Nachempfindung dieser Stile kam jeweils eine national verstandene politische Gesinnung zum Ausdruck. Zum Kapitel der Beziehungen zwischen Staat und Kunst, die auch für unser Thema überaus aufschlußreiche Aspekte bieten könnten, gehört schließlich die Tatsache, daß die sogenannte „neue Kunst“ ohne das Reich entstanden ist.

Kanzlerschaft Bismarcks — die Frage nahelegen, ob nicht die allgemeine fortschreitende Industrialisierung und die Bevölkerungsvermehrung auf die Gestaltung der Außenpolitik bzw. auf die außenpolitische Zielsetzung einwirken würden und müßten. Handelte es sich nicht auch — so könnte man mit S. A. Kaehler argumentieren — um einen Widerspruch zwischen der grundsätzlichen Auffassung vom „flüssigen Ag-

22) Vgl. zu dieser Problematik W. Conce, Deutsche Einheit, Erbe und Aufgabe, Schriften der Gesellschaft zur Förderung der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster, Nr. 36, Münster 1956, S. 20 f.

22a) Wolfgang von Löneysen, Der Einfluß der Reichsgründung auf Kunst und Kunstgeschmack in Deutschland, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte, Bd. 12, Heft 1, S. 17—44.

gregatzustand" einerseits, in dem Politik sich immer befindet, der Anerkennung des Rechtes der anderen Mächte auf Machtausdehnung, auf Expansion, und andererseits der Annahme, der eigene Staat sei saturiert und solle auf der Grundlage des status quo beharren? Die Antwort auf diese Frage gab die deutsche Weltpolitik um 1900.

Gewiß wuchsen der deutschen Politik aus den Bereichen von Wirtschaft und Industrie sowie der Bildung einer breiten Industriegesellschaft neue Aufgaben zu; aber ob nicht die alte Sicherungsaufgabe trotzdem dieselbe geblieben war? — Das Lebensgefühl einer neuen Generation, für die die Reichsgründung Erbe, nicht mehr Erfahrung war, kam in der vielzitierten Antrittsrede Max Webers von 1895 zum Ausdruck, mit dem Bekenntnis, „daß die Einigung Deutschlands ein Jugendstreich war, den die Nation auf ihre alten Tage beging und seiner Kostspieligkeit halber besser unterlassen hätte, wenn sie der Abschluß und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtspolitik sein sollte“. Dieselbe Gesinnung kehrte wieder in einem Vortrage aus dem Kriegsjahr 1916: „wollten wir diesen Krieg nicht riskieren, so hätten wir die Reichsgründung unterlassen sollen“²³). In die geistige und zeitliche Nachbarschaft dieser Weberschen Rede von 1895 gehören auch die Ausführungen von Friedrich Naumann im „nationalsozialen Katechismus“, daß nämlich der Sinn des Nationalen darin bestünde, „den deutschen Einfluß auf die Erdkugel auszudehnen“.

Ludwig Dehio hat eindrucksvoll den Prozeß beschrieben, in dem führende deutsche Publizisten und Historiker nach dem großen Vorbild Ranke das Eindringen Deutschlands in das Weltstaatsystem begründeten und die deutsche Weltpolitik optimistisch rechtfertigten^{23a}). Hinzuzufügen sei noch, daß auch die, deren geistiger Ausgangspunkt nicht bei Ranke lag, in diese Bewegung hinein gehören.

Gewiß kann man einwenden und sagen, daß solche Äußerungen noch nicht das Selbstverständnis der deutschen Politik auszudrücken brauchen, aber sie beleuchten die geistige Landschaft vor 1914 und stehen in innerer Verbindung mit den Entwicklungstendenzen der deutschen Politik. Für eine gerechte Würdigung des bürgerlichen liberalen Imperialismus bedarf es des Hinweises, daß seine Propagandisten von einer deutschen Weltpolitik vornehmlich die Ausbildung eines spezifisch politischen Sinnes sowie die Erweiterung des politischen Horizontes für die Deutschen erwarteten. Das englische Vorbild lag — wie so oft in den Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts — allzu nahe. „Könnten wir unserer Nation etwas schaffen, wie der englischen das Greater Britain, so wäre das ein unaussprechlich hoher Gewinn“, heißt es in einem Briefe Th. Mommsens aus dem Jahre 1898. Zu den leidenschaftlichen Wünschen dieser Männer gehörte vor allem der, das

23) Vgl. W. J. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik 1890—1920, Tübingen 1959; ferner Conze a.a.O., S. 23.

23a) Ludwig Dehio: Ranke und der deutsche Imperialismus, in: Historische Zeitschrift, Bd 170.

nationale Wertesystem in Deutschland gleichsam zu „entmilitarisieren“ und den jungen Deutschen lockende Ziele in Übersee zu zeigen. So ist es auch zu begreifen, daß gerade die Führer des geistigen Deutschland zu denen gehörten, die die Reichsgründung als Voraussetzung für den gleichberechtigten Eintritt des deutschen Reiches in die Reihe der großen Weltmächte würdigten²⁴). Schon 1874 gab der britische Gesandte in Lissabon der Meinung Ausdruck, „es erschiene ihm natürlich, daß sich eine so starke Macht wie Deutschland . . . nicht mit der kontinentalen Stellung begnügen werde . . . Es gäbe in der europäischen Vergangenheit keinen Staat, der zur Herrschaft gelangt, nicht nach Seemacht und Kolonien gestrebt habe“. Dieser Beobachtung des Diplomaten entsprach die Ansicht Ranke, die er sich aus der Beobachtung der Geschichte des europäischen Staatensystems gebildet hatte, nämlich: „daß es nicht in der Natur der vorwaltenden Macht liege, sich selbst in der Geschichte Schranken zu setzen“²⁵).

Wenden wir uns von den Interpreten dem Gange der auswärtigen Politik bis zur Katastro-

In der Rolle der Hegemonialmacht

Indem ich die Einzelheiten beiseite lasse, nehme ich das Urteil über diese Epoche in der Feststellung vorweg: Die verantwortlichen Träger der deutschen Außenpolitik haben nicht etwa eine Hegemonie über Europa angestrebt, aber es entging ihnen, daß die Anlage zur Hegemonie mit der Machtbildung in Mitteleuropa immerhin gegeben war, und daß der Aufstieg Deutschlands als eine hegemoniale Bedrohung empfunden werden mußte. Die Verbindung zwischen Überseepolitik in verschiedener Richtung, der eine unruhige, den Objekten gar nicht angemessene weltpolitische Begehrlichkeit zugrunde lag, und Flottenpolitik in der Ära Tirpitz verursachte nicht etwa den Weltkrieg, aber schuf eine Situation, in der im Falle eines europäischen Konfliktes ein Abseitsstehen Englands kaum denkbar war. Verhängnisvoll erwies sich die Lagebeurteilung in ihrer Abhängigkeit von der Illusion, daß die deutsche Politik „trotz der vorausgegangenen Strukturveränderungen innerhalb des Mächtesystems eine Politik sein könne der freien Hand, eine schiedsrichterliche Politik des arbitrium mundi“, wie sich Bülow einmal in einem Briefe an Wilhelm II. ausdrückte (S. A. Kaehler). Auf Grund solcher Illusionen erschienen auch die —übrigens so bescheidenen — weltpolitischen Gewinne als ein Ergebnis der Machtstellung des Deutschen Reiches, während sie in Wirklichkeit der vorübergehenden Gunst der politischen Konstellation, der Fesselung der Weltmächte an der Peripherie ihrer Reiche zu verdanken waren.

24) Vgl. D. Oncken, Das Problem des „Lebensraums“ in der deutschen Politik vor 1914, phil. Diss. Freiburg/Br.

25) Zum Problem des deutschen „Imperialismus“ vor 1914 siehe auch H. Herzfeld, Deutschland und Europa im Zeitalter beider Weltkriege, in: Die deutsche Einheit als Problem der europäischen Geschichte, S. 174 f.

phe von 1914 selbst zu, so müssen wir bei aller Anerkennung der verwandelten gesellschaftlichen Daseinsbedingungen doch die schon gestellte Frage wiederholen, ob nicht die Sicherungsaufgabe der jüngsten Großmacht im Kerne dieselbe geblieben war? Der noch so kurze Blick auf das politisch-geistige Klima um 1900 sollte uns den Dienst leisten, im Echo der Nation auf die „Weltpolitik“ ihr politisches Wünschen, ihre Vorstellungen von den neuen Aufgaben deutscher Außenpolitik kennenzulernen, wobei ich selbstverständlich diesen ange deuteten Teil der Publizistik nicht mit der gesamten öffentlichen Meinung Deutschlands gleichsetzen will. Immerhin ist bei dieser Einschränkung zu betonen, daß sich seit 1898 nur noch die Sozialdemokratie in Opposition zur kolonialen Expansion befand²⁶). Bei ihren weltpolitischen Aktionen befand sich also die „Reichsregierung“ in einer größeren Übereinstimmung mit dem allgemeinen „Volksgefühl“, als sich Bismarck bei seiner Politik des Desinteresses in der orientalischen Frage je befunden hatte.

Man trieb eine Politik, als ob die weltpolitische Situation so günstig bleiben werde, wie sie z. B. etwa im Sommer 1900 tatsächlich war, als ob sich der deutsche Machtaufstieg ungefährdet vollziehen könne.

Daß der erste Weltkrieg notwendig ein Kampf um die deutsche Hegemonie über Europa wurde, zeigt ein Blick auf die Kriegskarte. Eine solche Feststellung bedeutet selbstverständlich nicht etwa eine erneuerte Anerkennung der von der internationalen Forschung vor 1933 längst widerlegten These von der Alleinschuld Deutschlands am Ausbruch des ersten Weltkrieges, sondern berührt vielmehr die Problematik der Stellung der dynamischen Macht auf dem Kontinent zu England und zum Staatensystem.

Es wurde einmal gesprochen vom „Kriegsreich zwischen Nordsee und Kaspischen Meer“ als der Form, „in der die Verteidigung der Mittelmächte 1914—1918 zur Erscheinung gekommen“ sei. „Entstehen und Stürzen dieses Kriegsreiches war, vom Deutschen her gesehen, der Inhalt der vier Weltkriegsjahre und ist für uns das historisch überdauernde Bild jener großen Ereignisse“²⁷). Von den übrigen Mächten her gesehen bestand die Erfahrung des Ersten und wieder des Zweiten Weltkrieges darin, daß die Niederringung der deutschen Macht offensichtlich nicht möglich war allein mit den zusammengefaßten Kräften Europas und selbst nicht mit den Hilfskräften des ozeanischen Empire. In beiden Fällen führten die Vereinigten Staaten von Nordamerika die Entscheidung herbei. Daß beide Katastrophen auch den „Zusammenbruch des europäischen Staaten-

26) Siehe Oncken, a.a.O., S. 90.

27) W. Elze, Der strategische Aufbau des Weltkrieges, Betrachtungen und Anregungen, 1914—1918, Berlin 1933, S. 8.

systems“ eingeschlossen, läßt die Bedeutung des deutschen Problems im Zusammenhang der europäischen Geschichte erkennen²⁸⁾.

Kehren wir wieder zum Reich und zu seiner „Idee“ zurück. Vom Kaiser braucht jetzt nicht mehr die Rede zu sein. Aus den Erinnerungen der ersten Weltkriegsgeneration wie aus den zeitgenössischen Bekundungen geht eindrücklich

Bewahrung der politischen Einheit nach dem Kriege

Die Verbindung zwischen „Demokratie und Kaisertum“ war nicht zustande gekommen. In der Katastrophe von 1918 ist die politische Einheit des Deutschen Reiches nicht verloren gegangen; der nationale und demokratische Wunsch nach einer Vereinigung mit Deutsch-Österreich konnte allerdings nicht in Erfüllung gehen. Auf diese Weise entbehrte die Wiederbelebung der Tradition von 1848 des mitreißenden Antriebes eines großen gemeinschaftlichen Erlebens. Daß der Farbenwechsel von Schwarz-Weiß-Rot zu Schwarz-Rot-Gold durch das Verbot des Anschlusses um seinen inneren Sinn gebracht worden ist, das kann nicht bestritten werden, aber eine unvoreingenommene Geschichtssreibung muß auch die Gründe der Staatsräson berücksichtigen, die für die alliierten Mächte maßgeblich waren. Eine Zustimmung hätte die deutsche Niederlage letztlich in einen deutschen Sieg verwandelt; denn die Verbindung mit den deutschen Teilen Österreichs hätte die Verluste des Versailler Vertrages bei weitem aufgewogen. So lebte das Werk Bismarcks im Deutschen Reich als Republik fort. Das allgemeine Wahlrecht, aus dem die Nationalversammlung hervorging, gehörte zu den Voraussetzungen, unter denen nicht nur die freiheitliche Ordnung, sondern auch die deutsche staatliche Einheit gerettet wurde. Es war also das von Bismarck eingeführte allgemeine Wahlrecht, das er aus Sorge um das Reich wieder auszuschalten gewünscht hätte, das jetzt die Fortdauer dieses Reiches mit ermöglichte³¹⁾. Die ehemaligen sogenannten „Reichsfeinde“ übernahmen mit die Aufgabe, die Einheit des Reiches zu retten.

Es gehört zum Verhängnis der inneren deutschen Geschichte seit 1919, daß die Idee des „Reiches“ zur ideologischen Basis wurde, von der aus der Parteienstaat der demokratischen Republik mit Erfolg bekämpft wurde. Die Vokabel des Reiches wurde in hohem Maße attraktiv für diejenigen, die grundsätzlich und radikal alle „geistigen Anleihen“ am Westen ablehnten und die den liberal-demokratischen Kompromiß von 1919 deshalb verwarfen. In die Vorstellungen vom Reich mündeten ganz heterogene Bestandteile, die irgendeiner geschichtlichen Tradition oder einem politisch-sozialen Wunschbild entnommen wurden, aber sie alle zeichneten sich trotz oder gerade wegen des ge-

hervor, wie die Person Wilhelms II. aus dem Erlebnis- und Gefühlsbereich der Deutschen weicht und wie Hindenburg „schlechthin als Träger des Reiches“²⁹⁾ empfunden wurde. Der letzte deutsche Kaiser hat diese Entwicklung selbst bestätigt, als er im Verlauf der Unterredungen über seine Abdankung zu Hindenburg sagte: „Sie müssen bleiben“³⁰⁾.

schichtlichen Ballastes ebenso durch Geschichtsferne wie durch Wirklichkeitsfremdheit aus. Aus machtpolitischen, raumpolitischen, mitteleuropäischen und ideologischen Erwägungen und Bedürfnissen wurde das „Reich“ zu einer übergreifenden idealen Einheit stilisiert, und es erwies sich, daß gerade diese Stilisierung auf Kreise einer geistig und politisch lebendigen Oberschicht anziehend wirkte³²⁾. So wie man glaubte, von einer „deutschen Politik schlechthin“ sprechen zu dürfen, ebenso sehr war man überzeugt von der überzeitlichen Idee des Reiches, ohne Rücksicht auf seinen jeweiligen Inhalt. Das „Reichsdenken“ — wenn ich so sagen darf — konnte zu sehr verschiedenen Ergebnissen führen. Hatte es vor dem Weltkrieg neben der „nationalstaatlichen“ eine „imperiale“ Richtung gehabt, so läßt sich jetzt ein Rückschlag ins Geistige, ja ins Spirituelle beobachten. Der Anteil der bündischen Jugend ist selbstverständlich nicht zu unterschätzen. Sicherlich war ihr Reichsbegriff in erster Linie ein Protest gegen die Überschätzung des nationalen Staates. Reich wurde nicht gleichgesetzt mit Nationalstaat, sondern — wie man etwa bei Edgar Julius Jung sehen kann — wurde verstanden als ein „überstaatliches, föderatives Gebilde, in dem verschiedene Völker und Stämme — von einem übergeordneten Prinzip beherrscht — ihr Eigenleben

führen sollten“. Hinweisen will ich nur auf die Widersprüchlichkeit, in die Träger dieses Denkens gerieten, indem sie das übergeordnete Prinzip letztlich nur in der „Deutlichkeit“ finden konnten und so die Scheidung zwischen Nation und Reich — an der ihnen lag — doch nicht zu Ende denken konnten. Indem man in diesen Kreisen von Befreiung sprach, meinte man ein Doppeltes: Befreiung aus den Fesseln von Versailles, aber auch Befreiung aus der Gebundenheit der für überholt gehaltenen Nationalstaatlichkeit.

Daß die Reichsvorstellungen, die auf dem Boden eines „neuen Konservatismus“ wuchsen, frühzeitig zu einer „Führeridee“ neigen konnten, ist einleuchtend, aber gleichwohl dürfen die Wesensunterschiede zum „Führerkult“ des Nationalsozialismus nicht übersehen werden. Bezeichnend sind die sehr skeptischen Äußerungen dieser Kreise über den italienischen Faschismus. So fällt es sicherlich nicht schwer, die offenkundigen Gesinnungsgegensätze zwischen dem jungen revolutionären Nationalismus oder Jungkonservatismus und dem Nationalsozialismus herauszuarbeiten. Die Vorstellung etwa eines „organischen Wachstums“ stand in radikalem Gegensatz zum Führermythos der Nationalsozialisten. Gegen das ständige „Marschieren“, das bekanntermaßen zur Selbstdarstellung des Nationalsozialismus gehörte, wurde der Einwand erhoben: „Wenn das kommende Reich Bestand haben soll, dann muß es organisch wachsen, dann muß es tief wurzeln im Volkstum, in der Geschichte.“ Der Nachwuchs der Wesensunterschiede schließt indessen die Feststellung nicht aus: Die ideologischen Angriffe auf den Weimarer Staat, der noch dazu als Parteienstaat einem Reichsbedürfnis so wenig Anknüpfung bot, kamen am Ende dem Radikalismus Hitlers zugute und haben seinen Erfolg mit vorbereitet.

Entartung des Reichsbegriffs

Die machtpolitische Komponente des Reiches setzte sich im nationalsozialistischen Deutschland voll durch. Das ist nicht etwa im Sinne einer über den Menschen und den Ereignissen schwebenden geistesgeschichtlichen Betrachtung gemeint, als ob eine Idee wie hier die des Reiches die Geschichte selbst durchschreitet, jeweils in einer anderen Gestalt auftaucht und bestimmte Seiten ihres Wesens zur Geltung bringt. Der Reichsbegriff wurde in den Jahren der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft nach innen und des nationalsozialistischen Imperialismus nach außen den von Fall zu Fall wechselnden taktisch-machtpolitischen Bedürfnissen unterworfen. Seine Manipulationen führ-

ten zu einem Zynismus der ideologischen Verhüllung und zu einer Entartung der politischen Praxis. Abgesehen von der vorübergehenden Tarnung hinter „großdeutscher Volkstumspolitik“, wurden Begriffe wie „Germanisches Reich deutscher Nation“, „Germanischer Staat deutscher Nation“ und „deutsches Weltreich“ nach und nebeneinander gebraucht³³⁾. Bei aller Ungenauigkeit der inhaltlichen Bestimmung im einzelnen bleibt dagegen unverändert die Vorstellung eines sogenannten „judenreinen Reiches“, denn die „Ausschaltung der Juden“ stellte ja nach dieser Ansicht die Voraussetzung für dessen neue Größe dar. Hier liegt die ideologische Voraussetzung der technischen Massenvernichtung der jüdischen Bevölkerung — eines Vorgangs, der ein Stück deutscher Geschichte geworden ist.

29) Elze, a.a.O., S. 12.

30) Siehe neuerdings S. A. Kaehler, Vier Quellenkritische Untersuchungen zum Kriegsende 1918, in: Studien zur Geschichte des 19. u. 20. Jahrhunderts, herausg. von Walter Bussmann, Göttingen 1961, S. 259 ff.

32) Vgl. hierzu und im folgenden Bußmann, Politische Ideologien zwischen Monarchie und Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift, Bd. 190.

28) Vgl. Herzfeld, a.a.O.

31) Vgl. hierzu Th. Schieder, Das Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Verfassung und die Krise des bürgerlichen Liberalismus, in: Historische Zeitschrift, Bd. 17.

33) Der Verfasser fühlt sich dankbar verpflichtet dem Aufsatz von H. D. Look, Zur „Großgermanischen Politik“ des Dritten Reiches, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1960/1, S. 37 ff.

Nur episodische Bedeutung hat folgende „Sinngabe“: An dem Tage, an dem Norwegen und Dänemark besetzt wurden (9. 4. 1940), stellte Hitler im Kreis seiner engsten Mitarbeiter fest: „So, wie aus dem Jahre 1866 das Reich Bismarcks entstand, so wird aus dem heutigen Tage das Großgermanische Reich entstehen“³⁴⁾. Aber aus dem gespenstischen Finale des sogenannten Dritten Reiches ist uns noch eine Äußerung überliefert, in der Hitler seine

Auffassung vom deutschen Volk und Reich de-couvrierte, als er nämlich zu Speer sagte: „Wenn der Krieg verloren geht, wird auch das Volk verloren sein . . . Es sei nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das Volk zu seinem primitivsten Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen . . .; denn das Volk hätte sich als das schwächere erwiesen und dem stärkeren Ostvolk gehöre dann ausschließlich die Zukunft.“³⁵⁾

Das Ende der politischen Daseinsgemeinschaft von 1871

In der Hitler-Katastrophe zerbrach auch die deutsche Einheit im Sinne der gewachsenen politischen Daseinsgemeinschaft seit 1871.

Von den konkurrierenden Idealen der Freiheit und der Einheit war in diesen Ausführungen gelegentlich die Rede, und auf die Stellung des deutschen Reiches im und zum europäischen Staatensystem sollte hingewiesen werden. — Die Alternative Freiheit — Einheit, die sich das 19. Jahrhundert aus der Perspektive seiner jeweiligen Gegenwart noch stellen mochte, ist in einer Welt nicht mehr möglich, in der uns die Grenzziehung zwischen Osten und Westen an die Bewahrung der für uns unaufgebbaren Menschenrechte bindet. — Wenn auch die „Nation“ den dogmatischen Sinn längst verloren hat, den ihr das nationalstaatliche 19. Jahrhundert zu-

geschrieben hat, so bleibt doch nach der Überwindung des Nationalismus und über den Zusammenbruch hinweg die Nation als eine Tatsache und als ein Wert bestehen³⁶⁾. Noch sind wir ein Volk in Ost und West, wobei wir unter „Volk“ keineswegs eine von vornherein gegebene unveränderliche oder gar mystische Größe verstehen³⁷⁾. Zu den wenigen Lehren, die die Geschichte erteilt, gehört die, daß ein Volk ohne Staat auf die Dauer nicht existiert.

35) Zitiert bei Jacobsen, 1939—1945, Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten, Düsseldorf 1959, S. 378.

36) Vgl. auch Conze, a.a.O., S. 30.

37) Vgl. diesen Gedanken bei W. Schlesinger, Die Grundlagen der deutschen Einheit im frühen Mittelalter, in: Die deutsche Einheit als Problem der europäischen Geschichte, S. 5 ff.

38) Vgl. R. Wittram, Das Reich als Vergangenheit, in: Das Nationale als europäisches Problem, Göttingen 1954, S. 95 ff.

34) Ebenda, S. 39.

So stehen wir in dem gegenwärtigen Moment unserer Geschichte in der unabdingbaren Entscheidung für die Freiheit unter der drängenden Sorge, daß die Einheit des deutschen Volkes zerbröckelt. Die Einsicht in den engen Zusammenhang zwischen Volk und Staat verpflichtet uns — solange die Einheit in Freiheit nicht möglich ist —, das freiheitliche Staatsbewußtsein in der an die freie Welt gebundenen und demokratisch legitimierten Bundesrepublik zu festigen und zu vertiefen. Die Pflege freiheitlicher Gesinnung, aber auch eines echten verantwortlichen Staatsbewußtseins gehört zur Aufgabe einer aufrichtigen historischen Besinnung und einer redlichen politischen Bildungsarbeit. Es bleibt hingegen im Hinblick auf das Thema dieser Ausführungen die Frage, ob der so mannigfachem geschichtlichen Schicksal unterworfenen Begriff des Reiches noch auf den Staat anwendbar ist, den wir für das deutsche Volk in einer Föderation der freien Völker ersehnen³⁸⁾.

Anmerkung:

Walter Bußmann, Dr. phil., o. Prof. an der Freien Universität Berlin für die Wissenschaft von der Politik sowie für neuere und neueste Geschichte.

Veröffentlichungen:

Heinrich von Treitschke. Sein Welt- und Geschichtsbild (1952).

Das Zeitalter Bismarcks (2 1957).

Verschiedene Aufsätze zur neueren und neuesten Geschichte.

Überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrages vor der Friedrich Naumann-Stiftung in Bad Soden am 26. Januar 1961.

Wolfgang Schlegel

ANTWORT AN HEINRICH GEISSLER

(Vgl. „Leserstimme: Ein deutsches Geschichtsbild?“

In: Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ B 4/61 vom 25. 1. 61, S. 41 f)

Meine beiden Beiträge in dieser Wochenzeitung (1958, 1960) waren in der Absicht geschrieben, eine Diskussion auszulösen. Sie ist offensichtlich auch in Gang gekommen. Die aus dem Grundsätzlichen her sehr kritische „Leserstimme“ von Heinrich Geißler erfordert eine Antwort und zwar

1. vom geschichtsphilosophischen und geschichtswissenschaftlichen,
2. vom politischen und zugleich persönlichen und
3. vom pädagogischen Gesichtspunkt her.

I.

Mein erster Aufsatz über „Revision und Wiederherstellung“ (5. 11. 1958) und in noch stärkerem Maße mein zweiter über „Entwurf eines deutschen Geschichtsbildes“ (13. 4. 1960) war geprägt von einer geschichtsphilosophischen Grundauffassung, die man etwa nach Karl Jaspers oder — wem das angenehmer ist — nach Kant und Goethe als „offene Geschichtsphilosophie“ bezeichnen kann. Das ist der völlig entgegengesetzte Standpunkt zu jeglicher Form von ideologischer oder deterministischer Philosophie der Geschichte¹⁾. Jeder, der weiß, wie völlig undogmatisch Kant und Goethe zur Geschichte gestanden haben, weiß auch, wie beide ihr den eigentlichen Wissenschaftscharakter absprachen, weil es in ihr nicht zu einer Gesetzmäßigkeit der Erkenntnisse kommen könne. Nun, der Historiker unserer Zeit weiß seit Ranke und Dilthey, daß es die Geschichtswissenschaft mit dem Individuellen, dem Unwiederholbaren, mit der Epoche „unmittelbar zu Gott“ zu tun hat — die Weltgeschichtskonstruktion Hegels ist eine philosophische Konzeption geblieben und nicht zur Grundlage der Historie als Forschung geworden. Hegel und Marx sind die beiden letzten großartigen Konstrukteure solcher geschichtsbezogenen Konzeptionen gewesen — sie sind damit in die politischen, nicht in die geschichtswissenschaftlichen Methoden übergegangen.

Jedoch war ich bei meinem „Entwurf“ ganz einfach überzeugt, es müsse sich doch ein gewisses Grundgerüst geschichtlichen Geschehens, geschichtlicher Tatsächlichkeit (Faktizität) zusammenstellen lassen, auf das man sich einigen könnte. Gerhard Ritter hat das einmal anlässlich der Besprechung von Golo Manns neuer „Propyläen-Weltgeschichte“ treffend formuliert, als es ihm darum ging, sich gegen eine Art der

Geschichtsschreibung zu wehren, die er „historischen Impressionismus“ nannte²⁾. „Aber es gibt doch jenseits aller Ansichten, Meinungen, Urteile, Fragestellungen immer noch einen festen Kernbestand historischer Tatsachen und eindeutig ermittelter Zusammenhänge — einen Kernbestand, der im Fortschritt der Forschung nicht immer wieder weggeräumt, sondern immer nur klarer und sicherer erkannt und immer besser verstanden wird.“ Genau das war auch unsere Auffassung, und wir meinten, wenn der Geschichtsmüdigkeit, von der Hermann Heimpel voller Sorge nach 1945 immer wieder gesprochen hat und wenn dem „Verlust der Geschichte“, von dem Alfred Heuß gesprochen hat, entgegengewirkt werden sollte, müsse man in der Volksbildung anfangen. Wenn Ritter von einer neuen Universalgeschichte fordert, daß sie — für weitere Leserkreise bestimmt — die Aufgabe habe, „vor allem auch sachliches Wissen zu vermitteln und so dazu mitzuhelfen, daß im Bewußtsein der heutigen allzu schnell lebenden und allzu schnell vergessenden Generation das klare Wissen um die Tradition, um die geschichtlichen Lebenszusammenhänge nicht verblaßt“, so hatten wir damals genau das gleiche Ziel im Auge. Unser Vorschlag eines Stoffplans für „deutsche Geschichte in europäischen Zusammenhänge“ — wie wir immer gesagt haben — sollte ein solches Grundgerüst eines Kernbestandes versuchen zu zeichnen, das man versuchen könnte, auch Volks- und Realschülern mitzugeben, damit geschichtliche Bildung nicht nur Vorrecht höherer Schulen bleiben solle — was sie ja auch schon lange nicht mehr ist!

Dabei bin ich allerdings von der geschichtsphilosophischen Voraussetzung ausgegangen, daß es einen geschichtlichen Zusammenhang geben müsse und daß wir, wenn wir überhaupt Wesentliches von Geschichte aussagen wollen, eben nicht (nach Ritter) im „historischen Impressionismus“, hervorgerufen durch den leider ein wenig zum Schlagwort gewordenen „Mut zur Lücke“ des „exemplarischen Verfahrens“³⁾ steckenbleiben dürfen, sondern so etwas wie eine Kontinuität geschichtlichen Werdens annehmen müssen. Das bedeutet noch lange nicht, Geschichte in das Prokustesbett dialektischer Logik und Systematik zu pressen. Aber der Christ sieht die Geschichte als Ganzes doch letztthin in Gottes Hand — etwa so, wie das Rodin mit seiner wunderbaren Pla-

stik (Gottes Hand) dargestellt hat. Der lutherische Protestant übt zwar gegenüber dem katholischen Christen eine weit stärkere Zurückhaltung in bezug auf Deutung des transzendenten Sinns der Geschichte, aber er weiß doch um dieses Aufgehobensein des Ganzen in Gott, wiewohl er nicht im einzelnen Gottes Finger zu erkennen glaubt. Aber gerade der Begriff der „Weltgeschichte“ in Kontinuität ist ein ursprunghaft biblischer und christlicher und erst durch den Historismus des 19. Jahrhunderts zugunsten eines relativistischen Pluralismus aufgelöst worden.

Der Begriff „Geschichtsbild“ meint keineswegs ein starres festgelegtes, statisches „Bild“⁴⁾ als Schema oder Dogma, oder gar Ideologie, sondern das Bild, die Vorstellung, die Auffassung, die sich der Mensch von den Kräften, dem Sinn und dem Wesen, aber auch vom Verlauf und vom Inhalt der Geschichte als Vergangenheit macht. Auch das war im ersten Beilagen-Aufsatz bereits knapp geklärt. Vielleicht ist aber der Ausdruck „geschlossenes Geschichtsbild“ mißverständlich gewesen.

Jeder, der als Lehrender etwas aussagen will, muß sich zu einer Formulierung entscheiden. In keinem Fache ist die Gefahr der Simplifizierung so groß wie im unsrigen, nirgends rückt diese Vereinfachung so leicht in die Nähe der Fälschung. Dennoch muß jedes Mal das Wagnis der formulierten Aussage eingegangen werden, wenn überhaupt ein pädagogischer Ertrag der geschichtlichen Belehrung erreicht werden soll.

Es kann daher durchaus zu Recht als Kapitel-Überschrift gesagt werden „Die Ritter nehmen das Kreuz“, denn das ist eine einfache Aussage über das, was gewesen ist und zwar ohne jede Deutung oder Beschönigung. Es ist eine Tatsache, daß nach der großen Predigt des Papstes in Clermont-Ferrand die Ritter das Kreuz freiwillig nahmen; es ist eine Tatsache, wie der Chronist berichtet, daß nach der Predigt Bernhards von Clairveaux im Speyrer Dom Kaiser Konrad III. das Kreuz nahm. Daß dabei der einmal entfachte religiöse Eifer bis zum Fanatismus aufschlug und sich gegen die Juden in Speyer wandte, so daß der Heilige Bernhard persönlich gegen die Pogrome einschreiten mußte, sollte ja mit unserer Kapitel-Überschrift weder verschwiegen noch geleugnet werden, ändert aber auch nichts an der Tatsache, daß die Ritter das Kreuz nahmen.

Es ist natürlich sachlich nicht zu verantworten, wie in der Leserstimme gesagt wird, daß die osteuropäische Geschichte nur unter „Ostkolonisation“ betrachtet wird, aber dieser Ausdruck kommt bei mir gar nicht vor, vielmehr wird er ausdrücklich aufgrund der Vereinbarungen in der „Bundes-Arbeitsgemeinschaft für Ostkunde“ abgelehnt. (Vgl. „Entwurf“, Anm. 46, 47, 48.) Die Einbeziehung der Slawen in die Geschichtsbetrachtung wird insbesondere auf der Seite 251 und in den Anm. 64, 65 gefordert; die Über-

2) In: Christ und Welt. Nr. 25/XIII vom 16. Juni 1960.

3) Mit der Fragwürdigkeit dieser methodischen Begriffe für den Geschichtsunterricht habe ich mich kritisch auseinandergesetzt in meiner Schrift: Geschichtsunterricht in der Volksschule. Harms Päd. Reihe Hrsg. von Rudolf Renard H 23 Atlantik Vlg. Frkft 1960.

1) Vgl. dazu meine Schrift: Nietzsches Geschichtsauffassung, Würzburg 1937 und vor allem meinen in Kürze erscheinenden Vortrag über: Geschichte und Glaubenszeugnis, in: Wissenschaft und Glaubenszeugnis. Ein Tagungsbericht. Beltz, Weinheim 1961.

4) Über die verschiedenen Aspekte des Begriffs „Geschichtsbild“ vgl. jetzt: Schlegel, Wolfgang: Geschichtsbild und geschichtliche Bildung als volkspädagogische Aufgabe. Beltz, Weinheim 1961.

windung des nur westlich gerichteten Geschichtsbildes hatte aber schon der erste Aufsatz „Revision und Wiederherstellung“ im Anschluß an die Arbeiten Eugen Lembergs als Forderung herausgestellt.

Das 19. Jahrhundert wird übrigens nicht von mir, sondern, wie auch im „Entwurf“ erwähnt, von Hans Erich Stier in seiner „Deutschen Geschichte“ als das „deutsche“ bezeichnet, und die Frage, ob heute überhaupt noch von „deutscher Geschichte“ in solchem Ausmaße gesprochen und gehandelt werden soll, ist auch in ihrem Für und Wider behandelt worden. Das ist gewiß eine ernsthaft zu diskutierende Frage, die Geißler hier aufwirft. Man beachte dazu nur die beiden Beiträge von Th. Schieder und L. Dehio in dieser Beilage (1961), die ja als Vorträge während einer Tagung um das deutsche Geschichtsbild gehalten worden sind⁵⁾. Wichtig ist aber auch, was Herbert Grundmann als Herausgeber der 8. Auflage von Gebhardts „Handbuch der deutschen Geschichte“ im Vorwort des zuletzt erschienenen III. Bandes schreibt: „Dabei regte sich sogar der Zweifel, ob eine gesonderte Behandlung der deutschen Geschichte . . . noch möglich und zu rechtfertigen sei.“ Aber er meint im wesentlichen, es sei schwer, genau abzugrenzen, wieweit deutsche Geschichte jeweils in den Epochen gehe und ob man dann „nur“ von einer „deutschen“ Geschichte sprechen könne. Man beachte aber auch, daß seit 1945 trotz und vielleicht jetzt sogar wegen der „deutschen Katastrophe“ neben diesem „Gebhardt“ noch eine große Anzahl von Werken über deutsche Geschichte erschienen sind — sogar z. T. von ausländischen Historikern, bzw. von deutschen Emigranten, die noch im Auslande leben!

Wer — wie offensichtlich Geißler — einen völlig anderen Standort gegenüber dem gewaltigen Phänomen der Geschichte einnimmt und vermeint, aus christlicher Bescheidenheit heraus überhaupt nie vom Ganzen und vom Zusammenhang der Dinge reden zu dürfen, sondern nur von der sittlichen Entscheidung bei der einzelnen Persönlichkeit, mag aber daran denken, daß solche Hervorhebung von Einzelgestalten ohne den Zusammenhang des Getragenseins im Geschichtsverlauf leicht in ein anderes Extrem führen kann: die private Tat des Einzelnen aus christlich-sittlicher Haltung (Schweitzer) kann leicht umgedeutet werden zum Prinzip der Geschichtsdeutung und dann zur These führen, wie wir sie als „Männer machen Geschichte“ kennen. Wengleich die Bedeutung wirklich sittlich großer Persönlichkeiten nicht gelehrt werden kann, weiß man doch heute, welche Bedeutung aber auch jene Kräfte haben, die wir nur aus der soziologischen oder wirtschafts- und geistesgeschichtlichen Betrachtung der Geschichte erkennen können, welche Bedeutung aber auch Ideen als Brücken von einer Epoche zur anderen haben können, die dadurch zu einer „Kontinuität“ führen.

Wer das betont, braucht noch nicht in der „Gefahr frevelhaften Hochmuts des Ausdeutens und Konstruierens“ zu schweben. Das Ganze im Blick zu haben, mag genau so christlich sein wie die Darstellung von Gestalten, „die sich in ernstem Ringen den Nöten ihrer Zeit gestellt haben“. Selbst der als „Warner“ bei Geißler und bei mir bemühte Historiker Reinhard Wittram hat betont: „Ohne Weltgeschichte gibt es keinen Sinn der Geschichte“, aber er fährt fort „daß sie das Maß des Menschen übersteigt“ und somit auf der einen Seite ihre wissenschaftliche Erforschung unmöglich erscheinen läßt, zugleich aber aus der Gewißheit heraus, „daß es eine Weltgeschichte gibt“, die Wissenschaft eben deshalb nicht aufhören könne, sie zu suchen⁶⁾.

II.

Wer jedoch, wie Geißler, einen Vertreter einer kontinuierlichen Auffassung von Geschichte und Geschichtsunterricht in die „Nähe totalitären Denkens“ rücken will, mag sich fragen, ob er noch auf dem Boden sachlicher Auseinandersetzung bleibt und nicht schon zu persönlicher politischer Verdächtigung oder zumindest Unterstellung gegenüber dem Partner übergegangen ist. So gern ich in eine wissenschaftliche und pädagogische Diskussion über verschiedene strittige und kritische Punkte eintrete, so sehr muß ich allerdings eine Polemik als unfair und zur Diskussion innerhalb dieser Zeitschrift ungeeignet zurückweisen, insbesondere da sie sich in verschiedenen Ausdrücken durch die ganze Arbeit hindurchzieht. In einem bestimmten Abschnitt wird diese Art der unsachlichen Kritik besonders deutlich, er mag daher im ganzen ohne Auslassung hier noch einmal wiederholt werden. Geißler schreibt auf Seite 41, dritte Spalte unten rechts: „So sind also an Schlegels Entwurf eine Fülle ernster Fragen aufzuwerfen, die immer wieder den volkspädagogischen Sinn seines Versuches in Frage stellen. Es scheinen mir alle Voraussetzungen dazu zu fehlen. Die peinliche Nähe zum totalitären Denken, die heute jedes geschlossene Geschichtsbild spüren läßt, sollte uns eine Warnung sein. Man bedenke nur, wieviel noch von den simplifizierenden nationalsozialistischen Geschichtsvorstellungen im Unterbewußtsein unserer Zeitgenossen schlummert. Da ist die Rassenideologie, der Komplex der in letzter Minute rettenden Zauberwaffen und, besonders bedrückend, die Selbstverständlichkeit, mit der allgemein Menschentötung als ein notwendiges Mittel zur Erreichung politischer Zwecke hingenommen wird.“

Von solchen, sicherlich unbewußt wirkenden, totalitären Gedankengängen scheint mir Schlegels Entwurf auch darum beeinflusst zu sein, weil in ihm die Frage der Geschichts-

reife unserer Volksschuljugend nicht ernsthaft erörtert wird.“

Wer so argumentiert und damit den Betroffenen nicht nur persönlich, sondern auch politisch trifft, entzieht sich damit selbst einer Diskussion auf diesem Gebiete. Mit der Unterstellung, das Streben nach einem ganzheitlichen in sich zusammenhängenden Geschichtsbild (wir sagten schon, daß der Ausdruck „geschlossen“ mißverständlich sein könne, wohl mag auch die Wendung „gültiger Kanon“ geschichtlichen Wissens mißverstanden worden sein, obwohl seit Jahrzehnten auch jeder Volksschullehrer — nicht nur der Philologe — einen gewissen Bestand geschichtlichen Wissens, also einen „Kanon“ von seinen Schülern zu verlangen pflegt!), mit dieser Unterstellung also wird dem Vertreter einer solchen Auffassung zugemutet, sein „Entwurf“ sei nur als Re-Aktion gegen Ideologie entstanden, ohne daß die Möglichkeit zugestanden wird, es könne aus ehrlichem pädagogischem Bemühen zu diesem „Stoffplan“ gekommen sein. Welche Schule kann ohne solche Stoffplanung auskommen?

III.

In der Tat geht das Nachdenken über die Möglichkeit einer besseren Einprägsamkeit geschichtlicher Erinnerung als Ganzes sehr weit zurück in Unterrichtserfahrungen an Volks-, Mittel- und höheren Schulen, bestätigt durch die besorgten Aussagen von Hermann Heimpel, Alfred Heuß und anderen. Die pessimistischen Erklärungen der Psychologen sind z. T. entkräftet durch die Felduntersuchungen Heinrich Roths, die nun wirklich ergeben haben, daß auch der Volksschüler geradezu nach einem Zusammenhang des Ganzen fragt und sucht. Wir erleben das in den Schulen etwa bei Anwendung des sogenannten „Geschichtsfrieses“ wobei die Schüler gern die Geschichte als ein zusammenhängendes Nacheinander bildhaft erkennen möchten und darin eine weit wichtigere echte geschichtliche Erkenntnis sehen als zusammenhanglose Plaudereien über Albert Schweitzer, dessen Behandlung wohl eher in den Religions- oder Deutsch-Unterricht gehören mag. Der vorgelegte „Entwurf“ soll sich auf einen „Vorkurs“ stützen, der im 5. und 6. Schuljahr in Geschichtserzählungen durch die ganze Geschichte bereits einmal hindurchgelaufen sein soll. Er gilt also in dieser Zusammenstellung nur für das 7. bis 8. und vor allem auch das 9. Schuljahr, das wir ja hoffentlich bald bekommen werden. Unter diesem Aspekt allein ist er zu sehen, außerdem ist er zugleich für den Geschichtskurs in den Realschulen gedacht und, wie auch seinerzeit bemerkt, mit einer Arbeitsgemeinschaft von Volks- und Realschullehrern erarbeitet und mit der vorhandenen Stundenzahl verglichen worden. Er gilt als ein „geschrumpftes Geschichtsbild“, das zur frühen Vergangenheit hin immer mehr zusammenschrumpft, aber doch auch dem Volksschüler von frühen Hochkulturen oder von den freien Völkern der Antike Notwendiges und Wesentliches übermitteln will. Ob es wirklich ausgeschlossen ist, Volksschülern von diesen

5) Dazu jetzt auch meinen eigenen Beitrag zu diesem Thema: „Die preußisch-deutsche Geschichte der letzten 100 Jahre als politisch-pädagogisches Problem“, in: Beilage zum „Parlament“ vom 7. Juni 1961.

6) Wittram, Reinhard: Das Interesse an der Geschichte. Göttingen 1958, S. 135 f.

Zeiten und Kulturen ein Bild zu geben, ist fraglich. Unterrichtserfahrungen beweisen das Gegenteil, insbesondere, wenn an so aktuelle Ereignisse wie Olympiade angeknüpft werden kann. Auch sollte daran gedacht werden, daß ja die Volksschüler in Religions- oder Konfirmanden-Unterricht mit der Geschichte Israels als einer frühgeschichtlichen Hochkultur bekanntgemacht werden. Ebenfalls sollte man nicht vergessen, wie stark gegenwärtig das Fernsehen auch Kinder mit neuen Grabungs- und Forschungsergebnissen oder mit Reise- und Kulturberichten jener Länder bekannt macht. Die Weltaufgeschlossenheit kann der Zeitaufgeschlossenheit zugutekommen. Auch Volksschüler haben einen Anspruch darauf — die Höhere Schule übrigens beginnt genau wie die Volksschule im 7. Schuljahr mit Geschichtsunterricht.

Der jetzt verstorbene Erich Weniger hat darauf hingewiesen, daß immer diejenigen Stände einer Gesellschaft Geschichtsunterricht erhalten haben, die in der politischen Verantwortung standen: zuerst Fürsten, dann der Adel überhaupt, dann die adlige und bürgerliche Ministerialbürokratie, das Besitz- und Bildungsbürgertum und erst ganz zuletzt Bürgertum und arbeitende Bevölkerung im ganzen⁷⁾. In einer neueren Untersuchung ist diese These aufgenommen und an einigen Quellen bestätigt worden⁸⁾. Luther hat gemeint, „die Chroniken und Historien sind wundervoll — der Welt Lauf zu erkennen und zu regieren, ja, auch Gottes Wunder und Werke zu sehen ... darum sind auch Historienreiber die allernützlichsten Leute und besten Lehrer.“ Comenius hat gefordert: „Auch sollen die Schüler die allgemeine Geschichte der Welt, nach deren Erschaffung Verderbnis, Wiederherstellung und der Regierung durch die Weisheit Gottes bis auf diesen Tag kennen lernen.“ Hier wird doch deutlich, wie gerade aus christlichem Geiste ein Gesamtbild der Geschichtsentwicklung gefordert wird. Welch

7) Vgl. Weniger, Erich: Die Grundlagen des Geschichtsunterrichts Leipzig 1926.

8) Becker, Edeltraud: Beiträge zur Geschichte des Geschichtsunterrichts an der Volksschule. Historisches Seminar der Päd. Hochschule Kaiserslautern 1960 (Masch.) Dort auch die Belege für die hier angeführten Zitate.

wirklich weite Perspektive steckt etwa in folgenden Worten Luthers: „Wo man die Kinder aber lehret ... wie es dieser Stadt, diesem Reiche, diesem Fürsten, diesem Manne ... gegangen wäre, und könnte also in kurzer Zeit gleichsam der ganzen Welt von Anbeginn Wesen, Leben ... wie in einem Spiegel, daraus sie denn in ihren Sinn schicken und sich in der Welt Lauf richten könnten mit Gottesfurcht, dazu witzig und klug werden aus denselben Historien, was zu suchen und zu meiden wäre. Die Zucht aber, die man daheim ohne solche Schulen vornimmt, die will uns weise machen durch eigene Erfahrung. Ehe das geschieht, so sind wir hundertmal tot und haben unser Leben lang alles unbedächtig gehandelt, denn zu eigener Erfahrung gehört viel Zeit.“ Was hier Luther mit dem Klug-werden meint, das hat Weniger als gedankliches Vorwegnehmen von menschlichen Situationen durch die Kenntnis der Geschichte formuliert⁹⁾. Auch Melancthon hatte schon die politische und menschliche Bedeutung der Geschichtskennntnisse erkannt, wenn er schrieb: „Fürwahr, ich bin geneigt, der Geschichte alles Lob zuzuwenden, welches dem ganzen Wissenskreise zu spenden ist ... Ihrer kann weder das öffentliche noch das private Leben entbehren ... Und wenn die Verwaltung der Staatsgeschäfte die Geschichte missen sollte, ich weiß nicht, ob dies ein geringerer Verlust wäre, als wenn dieser unserer Welt die Sonne, die ihre Seele ist, genommen würde.“

Die „Allgemeinen Bestimmungen“ des Preussischen Unterrichtsministeriums vom 15. Oktober 1872 fordern zum erstenmal Geschichtsunterricht an Volksschulen als selbständiges Fach. Er wurde in patriotischem Sinne durchgeführt. Als dann nach 1918 die Weimarer Verfassung sich auf den Standpunkt der Volkssouveränität stellte, mußte auch das Volksschulwesen letztlich politisch gemeinten Geschichtsunterricht erhalten, zu dessen Ergänzung der von Kerschensteiner geforderte staatsbürgerliche Unterricht eingeführt wurde. — Sollen wir nun nach unseren schlimmen politischen Erfah-

9) In: Didaktische Voraussetzungen der Methode in der Schule Weinheim 1960, S. 38.

rungen zurückfallen in ein zufällig lückenhaft aneinandergereihtes Behandeln von Einzelbildern im Geschichtsunterricht der Volksschule? Hat nicht gerade der Volksschüler, der später nie wieder Gelegenheit hat, in Geschichte unterrichtet zu werden, ein Anrecht darauf, die großen Zusammenhänge, die offenkundig auf der Hand liegen, zu deren Aufweis es keinerlei Konstruktionen bedarf, von seinem Lehrer zu erfahren? Ist es nicht dringend notwendig, den Schüler der Volks- und Realschulen immer wieder darauf hinzuweisen, wie er in einem lebendigen Zusammenhange von Früher und Heute steht und wie sich Entscheidungen seiner Vorfahren nicht nur im Einzelnen, sondern auch in Gruppen und Gemeinschaften, auf seine eigene Gegenwart auswirken und wie wiederum die Taten seiner eigenen Generation die nachfolgenden prägen werden?

Wer in der wirklich bedrängenden politischen Herausforderung unserer Tage auf eine so gründliche Unterrichtung der Volksschüler als Vorbereitung auf spätere politische Urteilsbildung in der Schule verzichtet, wer nicht dazu das zur Orientierung dienende Rüstzeug aus der Geschichte mitgibt, wird sich nicht wundern können, wenn das so entstandene Vakuum später durch demagogische Propagandisten und Vereinfacher auf ihre Weise ausgefüllt wird!

Anmerkung:

Dr. Wolfgang Schlegel, geb. 8. 9. 1912, Dozent für Geschichte, politische Gemeinschaftskunde und Ostkunde an der Pädagogischen Hochschule Kaiserslautern.

Veröffentlichungen: Nietzsches Geschichtsauffassung. Würzburg 1937 — Geschichtsunterricht in der Volksschule. Frankfurt 1960 (= Harms päd. Reihe Heft 23) — Geschichtsbild und geschichtliche Bildung als volkspädagogische Aufgabe. (= Schriftenreihe der Päd. Hochschule Kaiserslautern Heft 1) Weinheim 1961 — Handbuch für den Geschichtsunterricht an Volks- und Realschulen. Band II. Weinheim 1961 — Geschichtsfries. Verlag Arbogast Kaiserslautern. Otterbach 1961.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT DER NÄCHSTEN BEILAGEN:

Oskar Anweiler: „Gesellschaftliche Probleme
der sowjetischen Erziehung“

Indira Gandhi: „Indien heute“

Hans Friedrich Reck: „Die indischen Parteien“

Karl C. Thalheim: „Die Wachstumsproblematik
der Sowjetwirtschaft“

Josef Wulf: „Dr. Hans Frank“

Egmont Zechlin: „Friedensbestrebungen und
Revolutionierungsversuche
(IV. Teil)“
